

# Der sächsische Erzähler,

Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtblatt der Königl. Amtshauptmannschaft, der Königl. Schul-Inspection u. des Königl. Hauptsteueramtes zu Danzen, sowie des Königl. Amtsgerichtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwochs u. Sonnabends, und kostet einschließlich der Sonntags- u. Feiertagsbeilage vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.

Gebühren für Inserate von auswärts werden, wenn von den Einsendern nicht anders bestimmt, durch Postnachnahme erhoben. Sechsbunddreißigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis Dienstag und Freitag früh 8 Uhr angenommen und kostet die dreispaltige Copyspalte 10 Pfg. Einziges Inseratenblatt 25 Pfg.

Von dem unterzeichneten Königl. Amtsgericht soll

den 21. November 1881

die der Pauline Auguste verehel. Dentsche zugehörige Neuhäuslernahrung Nr. 14 des Catasters, Nr. 30 des Grund- und Hypothekensuchs für Schauborf, welches Grundstück am 17. August 1881 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf

1800 Mark

gewärbert worden ist, notwendiger Weise versteigert werden, was unter Bejugnahme auf den an hiesiger Gerichtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.

Bischofswerda, am 23. August 1881.

Königliches Amtsgericht.  
Rüchler.

Bei der am 9. d. Mts. stattgehabten Stadtverordneten-Ergänzungswahl sind die Herren Particulier Gustav Dandler, Färbereibesitzer Adolf Richter, Restaurateur Friedrich Ernst Sparschuh, Productenhändler Gustav Adolph Täubrich und Grünwaarenhändler Hermann Krensch zu Stadtverordneten gewählt worden, was hierdurch bekannt gemacht wird.

Stadtrath Bischofswerda, am 12. November 1881.

Einj.

Zintausendfünfhundert Mark

Stiftungsgelder sind sofort gegen mündelmäßige Sicherheit auszuleihen und wollen sich hierauf Reflectirende in hiesiger Rathsexpedition anmelden.

Stadtrath Bischofswerda, den 15. November 1881.

Einj.

## Bekanntmachung.

Der in unserer Bekanntmachung vom 4. d. M. (Nr. 89 d. Bl.) gedachte Vortrag des Herrn W. F. Wahse über **australische Geschäftsverhältnisse** findet

**Mittwoch, den 16. November 1881,**

Nachmittag 5 Uhr,

**im hiesigen Bürgersaale**

statt. Wir laden hiesige wie auswärtige Interessenten hierdurch zum Besuche des Vortrags ein.

Bittau, den 12. November 1881.

**Die Handels- und Gewerbekammer:**

J. W. Herm. Ströhmer.

Dr. jur. Löbner, G.

### Politische Weltschau.

Mehr noch als die nach links neigenden Stichwahlen für den Reichstag, durch deren Resultate unzweifelhaft die extremen Richtungen verstärkt werden, hat der Entschluß des Reichscanzlers übertrachtet, sich von den Geschäften zurückziehen zu wollen. Fürst Bismarck vermag mit diesem Reichstage nicht auszukommen — so lautet die Quintessenz (Krausauszug) eines offiziellen Artikels in der „Post“. Er will dem Kaiser diese Sachlage vorstellen und eine neue Regierung vorschlagen, die den veränderten Zeitumständen Rechnung zu tragen geneigt ist. Der Reichscanzler hat früher einmal ähnliche Gedanken im Reichstage entwickelt. Wir möchten aber doch bezweifeln, daß er ernstlich an den Vorschlag denkt, die conservativ-ultramontane Combination im Parlament auch in der Regierung zum Ausdruck zu bringen, oder daß gar ein solcher Vorschlag an der entscheidenden Stelle Beifall finden könnte. Es wäre da Va — bangus — Spiel eines verzweifeltsten Pessimismus, das wohl einmal in der Erregung des Moments flüchtig in's Auge gefaßt und als Drohung angefaßt werden mag, nimmermehr aber an maßgebenden Stellen ernstlich erwogen werden wird. Fürst Bismarck hat oft um seine Entlassung nachgedacht und es ist noch allemal gelungen, ihn zum Bleiben zu bewegen. Die sind überzeugt, auch jetzt wird die herausgehende Cenzlerkrise sich in anderer Weise als in diesem kehrwärtigen Entschlusse lösen. Man ist leicht versucht, dem Reichscanzler den Plan unterzuschreiben, durch eine Reichstagsauflösung und einen neuen Appell an das Volk die Befestigung der herrschenden Schwierigkeiten herbeizuführen. Einen Erfolg im Sinne des Kanzlers erwarten wir von dieser Maßregel nicht, wohl aber eine neue gesteigerte Anspannung aller politischen Leidenschaften, die

vorausichtlich nur wieder den extremen Richtungen zu Gute kommen würde. Uns scheint das Rathsamste zu sein, wenn die Regierung den ernststen und ehrlichen Versuch macht, mit diesem Reichstage auszukommen so gut es eben geht. Der Vorwurf, daß der Liberalismus sich in prinzipielle und radikale Opposition verwanbelt habe, dürfte sich bei practischer Arbeit als ungerecht oder sehr übertrieben herausstellen. Berzichtet der Reichscanzler auf gewisse soziale und wirtschaftliche Projecte, gegen die sich vorzugsweise die liberale Opposition wendet, so ist eine Basis der Verständigung vorhanden. Der Reichscanzler sollte in dem Resultat der Wahlen nicht die Aufforderung zum Rücktritte erblicken, sondern die Mahnung zum Verzicht auf gewisse Bestrebungen, die er niemals wird zum Ziele führen können. Kommt in die Gesetzgebung ein gewisser Stillstand, beschränkt sie sich auf die nächstliegenden und dringenden Aufgaben, so können wir nach der überstürzenden Post, mit der in jüngster Zeit die gewaltigsten legislatorischen Projecte einander drängten, einen allzu großen Schaden nicht erkennen. Es scheint uns, daß bei den letzten Wahlen vielmehr die Partei des gesetzgeberischen Stillstandes gesiegt hat, als die des Fortschrittes.

Unter den Resultaten der bisher stattgefundenen und bekannten Stichwahlen ist besonders das Eine bemerkenswerth, daß, während es den Sozialdemokraten nicht gelang, im ersten Wahlgange ihre Gesinnungsgenossen durchzubringen, sie bei den engeren Wahlen bis jetzt eine verhältnismäßig bedeutende Anzahl von Mandaten wieder errungen haben. Es wäre demnach sehr wohl zu erreichen gewesen, wenn die Ordnungsparteien besser zusammengehalten hätten, für diesmal jede sozialdemokratische Vertretung im Reichstage unmöglich zu machen. Es ist bedauerlich, daß dies unterlassen worden ist und noch be-

dauerlicher, daß der sozialdemokratische Candidat in manchen Wahlkreisen eine bedeutende Anzahl nicht sozialistischer Stimmen gegenüber dem Candidaten der Ordnungsparteien erhielt, ein neuer Beweis für unsere zerfahrenen politischen Zustände.

Die Kaiserin hat ihre Herbstkur in Baden-Baden beendet und wird ihre Abreise nach Koblenz täglich erwartet. Von Koblenz gedenkt die hohe Frau gegen Ende dieses Monats nach Berlin zurückzukehren. — In dem Befinden des kürzlich an einer Erkältung erkrankten Großherzogs von Baden ist eine Verschlimmerung eingetreten. Der Erbgroßherzog traf am Mittwoch von Potsdam in Karlsruhe ein.

Der frühere österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Andrássy, nahm in der ungarischen Delegation Gelegenheit, sich über die auswärtigen Beziehungen Oesterreichs und zwar speciell zu Italien, zu äußern. Andrássy erklärte, daß er während seiner ganzen ministeriellen Laufbahn der Ueberzeugung gewesen sei, daß die Eintracht und ein inniges, freundschaftliches Verhältnis zwischen Italien und Oesterreich ein großer, wichtiger Factor des europäischen Gleichgewichts sei. Bezüglich der „Italia irredenta“ sprach Andrássy seine Ueberzeugung dahin aus, daß dieser Bund nicht nur nicht gegen Oesterreich, sondern auch gegen das jetzige politische System in Italien gerichtet sei und diese Ansicht theilten auch die italienischen Staatsmänner. Ferner erklärte der Redner, daß es unter den Delegations-Mitgliedern ohne Rücksicht der Parteistellung Niemand gäbe, der nicht die kaiserliche Monarchen-Begegnung in Wien mit vollem Herzen freudig begrüße, welche eines der erfreulichsten politischen Ereignisse sei, welche Oesterreich in der neuesten Zeit bezeugen würden. Andrássy schloß mit dem Ausdruck der Bewunderung, daß es dem Oest-